

26.11.2014

Motion

der FDP-Fraktion

Der Stadtrat wird beauftragt, eine Änderung der Gemeindeordnung vorzulegen, wonach Leitbilder, Konzepte, Aktionspläne etc. die zwar nur behördenverbindlich sind, jedoch einen grossen Einfluss auf die Gestaltung und Nutzung des öffentlichen Raums sowie das Erscheinungsbild der Stadt haben, dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt werden müssen und dem fakultativen Referendum unterstehen.

Begründung:

Der Fall der Verpflegungskioske am Bellevue zeigt einmal mehr: Die intern erlassenen „Leitbilder“ führen zu zusätzlichen Regulierungen und Vorgaben, die von der Bevölkerung nicht verstanden werden und von der Politik auch nicht getragen sind.

Die diversen Leitbilder, Konzepte und Aktionspläne haben, obwohl sie nur der Verwaltung eine Leitlinie in der Ermessensausübung geben sollen, einen grossen Einfluss auf das Erscheinungsbild unserer Stadt und auf die Rechten und Pflichten der Bürger. Sie werden letztlich zu einer Selbstbindung und zu faktischen Gesetzesbestimmungen, ohne dass sie je demokratisch legitimiert wurden.

Des Weiteren werden in diesen Leitbildern, Konzepten etc. oft strategische Fragen auf eine weite Zukunft hinaus entschieden. Umso mehr bedarf es einer umfassenden demokratischen Legitimation.

Leitbilder, Konzepte und Aktionspläne von grosser Bedeutung sollten daher nicht durch die Verwaltung und Stadtrat an Parlament und Stimmbürger vorbei erstellt und umgesetzt werden. Neben dem Leitbild Seebecken sind entsprechend auch die Richtlinie 7-Meilenschritte, das Leitbild Dachlandschaften, das Alleenkonzert und weitere miteinzubeziehen.

